

## **Ernährungssouveränität gewinnen - Thesen zur Landwirtschaft**

Attac setzt sich für die Re-Politisierung einer entpolitisierten und technokratisierten Agrarpolitik ein.

Thesen von Jochen S. im Attac-AK Grundlagen München am 8.4.2009

1. Die Landwirtschaft sollte in allen Ländern der Welt als existenziell wichtiger Wirtschaftszweig anerkannt werden. Jedes Land muss Sorge tragen, dass auf eigenem Gebiet genügend Nahrungsmittel erzeugt werden, um seine Bevölkerung auch in Krisenzeiten vor Hunger schützen zu können.
2. Jede Gemeinschaft hat das Recht, ihre Landwirtschaft zu schützen und zu unterstützen. Das gilt für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen. Die von der WTO vorangetriebene Marköffnung für Agrarprodukte entmündigt die Regierungen der einzelnen Länder. Sie führt zu Armut, Not und Abhängigkeit und dient nur den Interessen einiger unverantwortlicher Konzerne, die sich allein der Maximierung ihres Gewinns verschrieben haben.
3. Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft kann die Welt ernähren, wenn man sie nur lässt.
4. Eine nachhaltige (also sozial- und umweltverträgliche) bäuerliche Landwirtschaft orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen, die Lebensmittel benötigen, erzeugen und verteilen – sie orientiert sich nicht an den Profitinteressen von Konzernen, die mit Monokulturen und Mega-Agrarfarmen die kleinbäuerlichen Strukturen zerstören.
5. Die Versorgung des regionalen Marktes und die Versorgung der heimischen Bevölkerung verdienen unbedingten Vorrang vor den Interessen der in- und ausländischen Unternehmen am Export.
6. Die Organisation und Kontrolle der landwirtschaftlichen Produktionsmittel muss gemeinschaftlich im eigenen Land erfolgen. Der Privatisierung von Saatgut und Wasser muss ein Riegel vorgeschoben werden.
7. Der Agrartreibstoff-Boom und die damit zusammenhängende Flächenkonkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energiepflanzen ist ein Verbrechen. Denn Millionen von Menschen in armen Ländern müssen wegen der gestiegenen Preise hungern oder gar verhungern.

Aus der **Diskussion** dieser Thesen wurden folgende Gedanken, Einwände und Antworten festgehalten:

- Es gibt Länder, die aufgrund klimatischer Verhältnisse nicht genügend Nahrungsmittel im eigenen Gebiet erzeugen können (Beispiele Ruanda und Island). Antwort: Der oberste Grundsatz muss sein, Hunger (d.h. Mangel an Grundnahrungsmitteln) zu vermeiden - auch in Zeiten von Katastrophen wie Dürre und Überschwemmungen. Wenn also anders dieser Hunger nicht zu bekämpfen ist, muss eine Lösung über Einfuhren und/oder ausländische Hilfsmaßnahmen gefunden werden. Insofern müsste es in der ersten These besser heißen: ...im Rahmen ihrer Möglichkeiten...
- Die Einlösung der ersten These setzt voraus, dass die historisch (z.B. über den Kolonialismus) entwickelten Besitz- und Machtverhältnisse geändert werden. Die herrschenden Eliten (Profiteure der industrialisierten Landwirtschaft, die kleinbäuerliche Betriebe verdrängen) in den Entwicklungsländern ebenso wie in den Industrieländern sind an der Beibehaltung der heutigen Verhältnisse interessiert.
- Dass inzwischen fast eine Milliarde Menschen unterernährt sind und jährlich Millionen in Folge davon sterben, ist ein gigantisches Verbrechen. Ursache sind zu großen Teilen die neoliberalen Wirtschaftsbedingungen: offene, nicht durch Zölle oder Kontingente geschützte Märkte, Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft (Eigenversorgung, Subsistenzwirtschaft) durch eine auf Export ausgerichtete industrielle Landwirtschaft mit ihren Plantagen. Durch die neoliberale Wirtschaft werden auch die herrschenden Eliten (Diktatoren, reiche Oberschicht) der Entwicklungsländer an der Macht gehalten, die am Export verdienen und zulassen, dass die eingeführten Billigfrüchte die bäuerlichen Märkte zerstören. Unsere Nachkommen werden uns fragen: habt ihr davon gewusst? Warum habt ihr das geduldet? Warum habt ihr eure Regierungen nicht gezwungen, diese räuberische Wirtschaftsweise zu ändern?
- Brauchen die Entwicklungsländer nicht die Industriegüter, die sie nur im Austausch gegen ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse erwerben können? Antwort: Zuerst einmal müssen die Ernährung und die Befriedigung anderer existenzieller Grundbedürfnisse gewährleistet sein - dazu gehört auch die Möglichkeit, über die für das tägliche Leben und für die Erzeugung der Nahrung notwendigen Instrumente (intelligente Technik) zu verfügen. Erst wenn das gesichert ist, kann mit den Überschüssen Handel getrieben werden, um sich z.B. bestimmte Industriegüter zu beschaffen. Allerdings ist auch hier aufzupassen: die eingeführten Güter dürfen nicht den Bestand bzw. die Entwicklung von Handwerk und Industrie im eigenen Land gefährden.
- Wenn keine billigen Früchte aus dem Ausland eingeführt werden: kann sich dann die arme Bevölkerung die im eigenen Land teurer hergestellten Nahrungsmittel noch leisten? Antwort: Entscheidend ist, dass jeder Mensch eine Arbeit hat (Überwindung der auch durch industrialisierte Landwirtschaft hervorgerufenen Massenarbeitslosigkeit) und dass mit dieser Arbeit ein Einkommen erzielt werden kann, mit dem die Arbeitenden ein menschenwürdiges Leben führen können (Überwindung von Not). Wer also

eine gute Arbeit hat (und in jeder Volkswirtschaft gibt es genug Arbeit, die bei richtiger Verteilung auch für jeden genug Einkommen bringt), der kann sich auch teurere Nahrungsmittel leisten.

- Die Nicht-Zukunftsfähigkeit der industrialisierten Landwirtschaft wird auch darin deutlich, dass sie stark von Öl (Treibstoff, Kunstdünger) und von einem übergroßen Verbrauch von Wasser abhängt. Diese knapper werdenden Rohstoffe werden die so erzeugten Güter in absehbarer Zeit sehr teuer (wenn nicht unbezahlbar) machen. Und der Boden (Humus) schwindet immer mehr als Folge von Erosion, die durch diese rücksichtslosen Formen der Bewirtschaftung begünstigt wird.
- Wenn landwirtschaftliche und industrielle Güter im Zuge des globalen Freihandels (internationaler Standortwettbewerb, erzwungen durch WTO und GATS) „billig“ angeboten werden, dann wird damit nur verschleiert, dass die sozialen und ökologischen Kosten (Arbeitslosigkeit, unwürdige Arbeitsbedingungen und Bezahlung, Umweltzerstörung) der Allgemeinheit bzw. zukünftigen Generationen aufgebürdet wurden. Die niedrigen Preise sind Ausdruck des auf Kurzfristigkeit und Zerstörung sozialer und ökologischer Ressourcen gerichteten Freihandels.
- Für die Einführung einer nachhaltigen Landwirtschaft im Sinne der Ernährungssouveränität besteht für manche Entwicklungsländer das größte Problem darin, dass die diktatorischen Machthaber kein Interesse an der Überwindung von Arbeitslosigkeit und Armut haben, sondern ihre eigenen Pfründe sichern und vergrößern wollen. So tragen (Bürger-)Kriege, Korruption und Misswirtschaft einen großen Teil zur Hungersnot der Bevölkerung bei – in Kumpanei mit den Waffen exportierenden Unternehmen aus den Industrieländern.
- Es werden Beispiele (exzessiver Fleischkonsum, unverantwortliches Mobilitätsverhalten...) genannt, warum und wie wir in der EU und in anderen Industrieländern durch unseren Lebensstil dazu beitragen, dass sich die Plantagen (zu Lasten der kleinbäuerlich betriebenen Fläche und des Urwaldes) und die Mega-Agrarfarmen (zu Lasten arbeitsintensiver Kleinbetriebe) so ausbreiten – jedenfalls unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung. Hierzu wurde angemerkt, dass die persönliche Verantwortung für einen nachhaltigen Lebensstil („Footprint“) zwar wichtig ist, jedoch nicht darauf verzichtet werden kann, über verbindliche Regeln auch die zur Vernunft zu bringen, die ihre nicht-zukunftsfähigen Wünsche freiwillig nicht einschränken wollen.
- Was aus neoliberaler Sicht „Fortschritt“ genannt wird (also z.B. industriell-zerstörerische Landwirtschaft und Freihandel im Sinne eines durch regionale Regeln ungebremsten internationalen Standortwettbewerbs), sind Schritte in die falsche Richtung (um nicht zu sagen: in den Abgrund). Aber wie kann diese Einsicht die Politik erreichen und umgesetzt werden? Wenn die Masse der Menschen diese Einsicht nicht hat und die Eliten sich dieser Einsicht verschließen, weil sie ihren kurzfristigen Interessen entgegensteht: wie kann dann ein Politiker, der vielleicht die Problematik und den richtigen Lösungsweg erkannt hat, konsequent agieren ohne befürchten zu müssen, dass er dann

bei der ersten Gelegenheit abgewählt wird? Versuch einer Antwort: Die Menschen, die politisch interessiert und engagiert sind, bilden eine relativ kleine „Politik-Kaste“ (vielleicht 5 % der Bevölkerung) – und die bestimmt den Meinungsprozess, dessen Ergebnisse ausschlaggebend sind für die zu beschließenden Gesetze. Eine Minderheit innerhalb dieser „Kaste“ (maximal 1%) fühlt ökologische und soziale Verantwortung für das Ganze und engagiert sich (wie z.B. Attac) für eine grundlegende Verbesserung („Wende“) der Verhältnisse. Darin steckt die große Chance: wir müssen nicht die Masse der Unpolitischen (die der politischen Kaste wie eine Schafsherde folgt) überzeugen, sondern die Meinungsbildung nur innerhalb der „Politikkaste“ (dazu gehören auch die anspruchsvolleren Medien) beeinflussen, um die Politik in eine zukunftsfähige Richtung zu bewegen.

- Die Ernährungssouveränität ist der wichtigste Baustein der regionalen Eigenständigkeit - in Kombination mit einer Politik, die mit wirtschaftlicher Vielfalt Arbeitslosigkeit und Armut überwindet (Vermeidung einer Monotonisierung der Wirtschaftsstruktur und einer De-Industrialisierung).
- Die Umsetzung des (im AK Grundlagen entwickelten) Konzepts der Regionalisierung ist die Voraussetzung dafür, dass in jeder Region die landwirtschaftlichen ebenso wie die industriellen Unternehmen mit Hilfe von demokratisch erlassenen Regeln an ihre regionale Verantwortung gebunden und zu einer zukunftsfähigen und solidarischen Wirtschaftsweise gebracht werden können.